

# **Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie**

## ***Betuwe – so nicht! sondern besser!***

**5. Juni 2017**

Sprecher

Gert Bork ☎ 0281-64355

Achim Schmitz ☎ 0179-3893801

Axel Pansegrau ☎ 02857-1537

Hans-Jürgen Wernicke ☎ 02828-314

Manfred Flore ☎ 0208-668869

Heinz Markert ☎ 0172-2512893

[www.betuwe-niederrhein.de](http://www.betuwe-niederrhein.de)

[www.betuwe-gefahr.de](http://www.betuwe-gefahr.de)

### **BETUWE – Bürgerinitiativen sehen positive Signale aus Berlin**

- Niederrheinischer Appell stößt auf Verständnis
- Bundestagsabgeordnete sind jetzt am Zug

Staatssekretär Enak Ferlemann nahm den Appell, der von allen Mandatsträgern der Region getragen wird, stellvertretend für Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt entgegen. In entspannter Atmosphäre hatten die von Bürgermeister Christoph Gerwers und dem Sprecher aller Initiativen Gert Bork angeführte Delegation 30 Minuten Zeit, vor allem durchgängigen Lärmschutz in vertraglicher Ausführung und konstruktive Dialoge mit der DBAG zu den strittigen Themen einzufordern. Für Enak Ferlemann kein unbekanntes Thema, war er doch auch beim ersten Spatenstich für die Betuwe-Linie in Oberhausen für die Bundesregierung anwesend.

Das von den Bürgerinitiativen kritisierte rigorose Auftreten der Deutschen Bahn AG vor Ort, die viele Vorschläge einfach abschmettert, war auch Enak Ferlemann bekannt. Er verwies zur Lösung auf den bestehenden Projektbeirat, erntete dafür aber Kritik unter anderem vom Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Ulrich Krüger für mangelnde Einflussmöglichkeiten und fehlende Verbindlichkeit dieses Projektbeirats.

Gert Bork erläuterte, dass es für die Betuwe-Linie um viel weniger Geld gehe als z.B. im Rheintal. Enak Ferlemann, der bereits in Oberhausen im Januar 2017 auf vorhandene Finanzen hinwies, nahm dies durchaus zustimmend zur Kenntnis und erklärte, dass es weniger um die Gelder selbst als vielmehr um das Verfahren geht. Deshalb forderte er die anwesenden Bundestagsabgeordneten auf, einen Antrag analog zum Rheintal an den Bundestag zu stellen.

Konkret soll dazu der Niederrheinische Appell in den nächsten Projektbeirat am 14. Juni 2017 eingebracht werden. Der Projektbeirat soll die Deutsche Bahn AG zur Berechnung der Kosten aufzufordern und dann daraus den genauen Finanzbedarf abzuleiten. Diesen Bedarf sollen die Bundestagsabgeordneten im Parlament als Antrag einbringen,

Die Bürgerinitiativen sehen diesen vom Staatssekretär Ferlemann gezeichneten Weg als Chance für besseren, durchgängigen Lärmschutz, als einen Erfolg des Appells. Jetzt gilt es, diesen Weg mit dem Projektbeirat und den Abgeordneten schnell umzusetzen.

Anlagen:

Niederrheinischer Appell 2017 + Foto Übergabe in Berlin

---

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuern zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.

**[www.betuwe-niederrhein.de](http://www.betuwe-niederrhein.de)**

**[www.betuwe-gefahr.de](http://www.betuwe-gefahr.de)**